

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 4 (1912)
Heft: 6

Rubrik: Kongresse und Konferenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schinen zusammen. Von 2267 Unfällen in zwei Jahren entfielen 1086 auf Arbeitsmaschinen. Durch diese wird die Arbeitsintensität gesteigert und damit bei unverkürzter Arbeitszeit auch die *Ermüdung* und daher die Unfallgefahr. Ein Stillstand in den Unfällen setzt eine noch viel stärkere *Reduktion der Arbeitszeit* voraus, als sie heute eingetreten ist. Solange ferner in Hunderten von Fabriken und namentlich in der *Textilindustrie* die mörderische *Akkordarbeit* die Arbeiter zur Hast zwingt, werden auch die Unfallverhütungsmassregeln immer einen sehr relativen Wert haben. Die Akkordarbeit drängt eben geradezu zur Beiseitlassung aller Vorsicht — und dann kommt die Unfallversicherung und spricht von grober Fahrlässigkeit des Arbeiters. Es wäre einmal sehr verdienstlich, wenn durch ein sozial- oder arbeitsstatistisches Amt auch *diese* Seite des Unfallwesens einer Untersuchung unterzogen würde. Es ist begreiflich, dass die Fabrikinspektoren sich mit diesen Spezialfragen nicht abgeben können. Aber es ist bedauerlich, dass sich mit ihnen bisher noch niemand abgegeben hat.

Es sind nun natürlich nicht alle Fälle gleich schwer. Immerhin sind die Todesfälle infolge Unfalles ziemlich häufig. Unfälle mit Tod im Gefolge ereigneten sich im Jahre:

1900	53	1906	75
1901	62	1907	84
1902	50	1908	71
1903	53	1909	83
1904	73	1910	70
1905	64		

Die Zahl der schweren Unfälle gegenüber den Unfällen nimmt also wenigstens merklich ab. Am meisten Unfälle überhaupt und Todesfälle kommen vor in der Metall- und Maschinenindustrie, in der chemischen Industrie, der Industrie der Steine und Erden, Textilindustrie, während die Leder- und Uhrenindustrie immer ein geringeres Kontingent stellen. Unfälle mit bleibendem Nachteil ereigneten sich (ohne Todesfälle) etwas über 2100.

Es ist schade, dass bei der Statistik der *Entschädigungen*, die für Unfall ausbezahlt werden, nicht ausgeschieden wird zwischen Entschädigung vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und Aversalentschädigung. Die beiden Zahlenangaben, dass im Jahre 1909 3,9 Millionen und im Jahre 1910 3,8 Millionen Franken ausbezahlt wurden, sagen natürlich herzlich wenig und gestatten keinerlei Schlüsse auf Ausreichen oder Nichtausreichen der Entschädigungen.

Das etwa ist der Stand des heutigen Unfallrisikos in unsern Fabriken, wie ihn die Fabrikinspektorenberichte mit ihren Zahlen erkennen lassen.

« Der Arbeiter, der einen bleibenden Schaden erlitten hat », denkt sich der biedere Bürger, « ist ja durch die Versicherung gedeckt. Also ist das Risiko überhaupt nicht da. » Ja, wenn man eine Entschädigung von höchstens 5500 Fr. für gleichwertig mit einer ganzen Lebensarbeit hält, kann man diese Auffassung schon teilen. Aber der Arbeiter, der sein Leben und seine Gesundheit einzuschätzen weiss, verlangt mehr. Er verlangt vor allem einen *ausreichenden Unfallschutz* und eine *ausreichendere Entschädigung*. Letztere wird ihm — namentlich in den schweren Fällen — durch die neue Unfallversicherung gewährt werden. Ersteren muss er sich heute fast durchweg noch selbst verschaffen durch *Verkürzung der Arbeitszeit*, durch strenges Daraufhalten, dass *Unfallvorschriften* eingehalten werden, von ihm und dem Unternehmer. Dass ein *besseres Zusammenwirken des Inspektionsorgane mit den Organisationen* viel beitragen würde, um den Schutzvorschriften mehr Nachwirkung zu verschaffen, das wird man erst einmal erkennen, wenn in einem Beirat zur Fabrikinspektion auch die Arbeitervertreter zu Worte kommen werden. Wir erwarten das vom neuen Fabrikgesetz.



Kongresse und Konferenzen.

Der Verbandstag des schweizerischen Lederarbeiterverbandes.

In Bern tagte am Samstag und Sonntag, 20. und 21. April, die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lederarbeiter-Verbandes, zu der sich 30 Delegierte von 19 Sektionen eingefunden hatten. Das internationale Schuhmacher- und Lederarbeiter-Sekretariat und der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands waren durch den Genossen Wenkers-Nürnberg, die Arbeiterunion Bern durch die Genossen Moor und Zingg, der Gewerkschaftsbund durch den Genossen Huggler vertreten.

Der schweizerische Lederarbeiter-Verband ist im verflochtenen Jahre durch die schwere Krise in der Schuhindustrie, die heute noch nicht überwunden ist und eine starke Verminderung der Arbeiterzahl in manchen Schuhfabriken zur Folge hatte, empfindlich in Mitleidenschaft gezogen worden, so dass seine Mitgliederzahl einen Rückgang von 1406 auf 1299 erfuhr. Es gilt also, die Scharte wieder auszuwetzen und dem Verband neue Mitglieder zuzuführen.

Aus dem Bericht des Sekretärs Steiger ergab sich, dass in den letzten zwei Jahren zahlreiche Lohnkämpfe zu führen waren, die erfreulicherweise meistens erfolgreich beendet werden konnten. Der Sekretär schilderte auch die grossen Hindernisse und Schwierigkeiten, die in der schweizerischen Schuh- und Lederindustrie zu überwinden sind, um die Bahn freizumachen für die Weiterentwicklung des Verbandes. Zu der Gewalttätigkeit und dem Terrorismus der Unternehmer, die frech den Arbeitern das Vereinsrecht rauben und das Aufkommen der Gewerkschaft mit allen Mitteln verhindern wollen, gesellt sich die soziale Rückständigkeit und Mutlosigkeit vieler Arbeiter, die den Kampf mit dem brutalen Kapital nicht aufzunehmen wagen.

Die Einnahmen des Verbandes betragen in den letzten zwei Jahren Fr. 56,413. 50, das Verbandsvermögen ist von Fr. 15,485. 93 Ende 1909 auf Fr. 15,828. 64 Ende 1911 gestiegen, also nur unerheblich, aber es mussten auch in der zweijährigen Berichtsperiode Fr. 12,000 für Streiks und Massregelungen aufgewendet werden.

Vom Verbandsorgan, der «Schweizerischen Lederarbeiter-Zeitung», fällt nun künftighin der italienische Teil weg, da der Verband seinen Mitgliedern das neue, vom Gewerkschaftsbund herausgegebene Gewerkschaftsblatt zustellt.

Sekretär Steiger und Redakteur Zinner wurden einstimmig wiedergewählt. Als Vorort des Verbandes wurde Winterthur, als Sitz der Kontrollkommission Zürich bestätigt.

Es wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und im Zusammenhange damit eine Beitragserhöhung von 10 Cts. die Woche beschlossen.

Delegiertentag des schweiz. Arbeiterinnenverbandes.

Sonntag, 21. April, tagten in der Burgvogtei Basel die sozialdemokratischen Arbeiterinnen-Vereine der Schweiz. Durch Delegierte vertreten waren 12 Sektionen. Neben einer Reihe von Gästen hatten Abordnungen entsandt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, der Gewerkschaftsbund und die Geschäftsleitung des Arbeiterinnensekretariates sowie die Arbeiterpartei und Arbeiterbund Basel. Der erstattete Jahresbericht ergab aus Gründen teils mangelhafter, teils unterlassener Ausfüllung der Enquetebogen von seiten einzelner Sektionen kein klares Bild der Mitgliederbewegung. In insgesamt sieben Sektionen stehen 40 Vereinsaustritten 41 Eintritte gegenüber.

Die Jahresrechnung des Verbandes weist einen Vermögensbestand von Fr. 1165. 49 auf. Der Pressfonds ist angewachsen auf Fr. 475. 39. Die Abrechnung der «Vorkämpferin» schliesst mit einem Aktivsaldo von Fr. 23. 54.

Von der Gründung einer Hilfskasse auf zentralem Boden wird in Anbetracht der durch die Parteiorganisation in Olten bedingten neuen finanziellen Lasten bis auf weiteres abgesehen.

Die Frage der technischen Ausgestaltung der «Vorkämpferin», Formatvergrößerung, eventuell 14tägiges Erscheinen, wurde zu gründlicherer Prüfung an den Zentralvorstand zurückgewiesen. Die von einer Seite erhobene Kritik am Inhalt der Zeitung führte zu folgender Beschlussfassung: Der Zentralvorstand hat an alle Sektionen ein Kreisschreiben zu richten, worin aufgefodert wird, Wünsche und Beschwerden über den Inhalt der «Vorkämpferin» bekanntzugeben. Diese Eingaben sind vom Zentralvorstand und der Redaktion unter Zuzug begabter Genossinnen zu prüfen.

Der Beitritt in die Sektionen des Arbeiterinnenverbandes zur Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurde mit Einstimmigkeit beschlossen.

Der in der «Vorkämpferin» veröffentlichte Entwurf eines neuen Zentralstatuts wurde paragraphenweise durchberaten und mit einigen Aenderungen gutgeheissen.

Der erste Absatz des Antrages der Sektion Zürich, lautend: Sozialdemokratische Frauenvereine dürfen nicht Kollektivmitglieder bürgerlicher Frauenvereine sein, wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Ebenso der Zusatzantrag: Jede dem Zentralverband angegliederte Sektion hat sich Sozialdemokratischer Arbeiterinnenverein zu nennen.

Als Ort des nächsten Delegiertentages wurde Zürich bestimmt. Die Wahl der Rechnungsprüfungskommission fällt der Sektion Olten zu.

Das den Sektionen zur Wegleitung dienende Arbeitsprogramm wird zur endgültigen Bereinigung dem Zentralvorstand und Arbeiterinnensekretariat überwiesen.

In die Aufsichtskommission des Arbeiterinnensekretariates wurden gewählt die Genossinnen Schmid und Lepin, als Ersatzmitglied Genossin Dändliker.

Die vorgerückte Zeit erlaubte keine einlässliche Erörterung der wichtigen Fragen über die Heranziehung und Schulung weiblicher Vertrauensleute sowie über die Aufgaben der Arbeiterinnenvereine in der Jugendorganisation. Nach kurzgefasster Begründung dieser Anregungen wurde die Tagung kurz vor 6 Uhr abends geschlossen.

W. W.

Arbeiterunion schweiz. Transportanstalten.

Samstag und Sonntag den 20. und 21. April, in Biel.

Zur Tagung haben sich ausser den 300 Delegierten und dem Vorstand die Vertreter des Gewerkschaftsbundes (Huggler), des Zugpersonalvereins (Lattmann) und des Lokomotivpersonalverbandes (Rimathé) eingefunden.

Als Tagespräsident wurde Rieder (Zürich) bestimmt. Der Jahresbericht, verfasst von Zentralpräsident Albisser, wurde ohne Diskussion genehmigt. Die Jahresrechnungen der Zentralkasse, der Sterbekasse und des «Flügelrad» wurden abgenommen. Als Ort der nächsten Delegiertenversammlung wurde Winterthur bestimmt. Die Revisionskommission stellen Goldau und Chur.

Eine Reihe von Traktanden betrafen den Ausbau der Organisation. Der erste Antrag, vom Zentralkomitee gestellt, den Taschenkalender (mit Versicherung) in Zukunft in Verbindung mit andern Verbänden herauszugeben, und zwar auch in französischer Sprache, um nach und nach mehr Einheit zu schaffen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag des Zentralkomitees, ab 1. Juli 1912 für die französischen und italienischen Organisationen das «Flügelrad» auch französisch und italienisch herauszugeben, beliebte ebenfalls. Das Blatt ist für die romanischen Organisationen obligatorisch.

Ebenfalls auf Antrag des Zentralkomitees beschloss die Delegiertenversammlung einstimmig, der Internationalen Transportarbeiter-Föderation beizutreten. Damit schliesst sich die A. U. S. T. als erste schweizerische Eisenbahnerorganisation dem Internationalen Gewerkschaftsbund an.

Bis jetzt war der Rechtsschutz in der A. U. S. T. nicht geregelt. Nachdem an der letztjährigen Delegiertenversammlung in Gossau ein obligatorischer Beitrag für alle Unterverbände beschlossen wurde, legte das Zentralkomitee ein Rechtsschutz-Reglement vor, das nach längerer Eintretensdebatte an die Unterverbände gewiesen wurde, um an der nächstjährigen Delegiertenversammlung definitiv behandelt zu werden.

Wahl des Vorortes. Als bisheriger Vorort wurde Luzern bestätigt. Zentralpräsident Albisser gab hierzu eine Erklärung ab. Genosse Albisser ist letztes Jahr anlässlich einer Ersatzwahl in den Nationalrat wegen seiner Stellungnahme von der sozialdemokratischen Presse kritisiert worden. Albisser hat eine besondere Vertretung der A. U. S. T. im Nationalrat als erspriesslich und wünschenswert erachtet. Er habe sich aber gleich gesagt, dass das Echo nicht ausbleiben werde. Er glaubt, durch seine Stellungnahme die Interessen der A. U. S. T. nicht verletzt zu haben. Er ist aber der Auffassung, dass da, wo wichtige Interessen einer Gewerkschaft mit andern Interessen kollidieren, diese andern Interessen zurücktreten müssen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass seine Stellungnahme gerechtfertigt war.

In der Diskussion wurde die Stellungnahme Albissers von Vertretern Rorschachs und Zürichs bedauert, immerhin das Leitmotiv zu derselben vollauf anerkannt.

Die Versammlung sprach dann sowohl dem Genossen Präsident Albisser als auch dem Generalsekretär Weber für die uneigennützig, aufopfernde Tätigkeit im Dienste der A. U. S. T. den besten Dank und das unbedingte Vertrauen aus.

Ueber den Stand der Reglemente 25 und 25 a referierte Zentralpräsident Albisser. Es ist das das Reglement mit dem berühmten Minimaltaglohn der untersten Kategorien der S. B. B. von Fr. 3.80. Scharf kritisierte der Referent die Art der Beratung dieser Reglemente. Das Zentralkomitee hatte zur Abwehr die nötigen Schritte getan, die von der Versammlung lebhaft begrüsst wurden. Es wurde eine Resolution angenommen, die für das Zentralkomitee die Erwartung ausspricht, dass es alle gewerkschaftlichen Mittel anwende, um den Forderungen des Personals gerecht zu werden.

In bezug auf die Kranken- und Unfallversicherung hat der Zentralpräsident ein Memorial ausgearbeitet, das die Verhältnisse des Verkehrspersonals, speziell der Eisenbahner behandelt, und im «Flügelrad» den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden wird.

Die Sektion Olten E. A. V. stellte den Antrag, es sei ein ständiges Generalsekretariat für die A. U. S. T. zu schaffen. Der Antrag wurde dem Zentralkomitee zur Prüfung überwiesen.

Eine grosse Anzahl von Anträgen aus den Sektionen wurden noch erledigt. Dabei entspann sich eine lebhaft Diskussion über die vielgenannten Arbeiterkommissionen, deren praktischer Wert für die Arbeiterschaft verneint wird, und das namentlich von Rednern, die schon solchen Kommissionen angehörten. Ein Antrag, der dem Zentralkomitee den Auftrag gibt, die Abschaffung dieser Kommissionen zu veranlassen, wurde einstimmig angenommen.

Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten (V. P. S. T.).

Dieser Verband hielt Samstag und Sonntag den 29. und 30. Juni in La Chaux-de-Fonds seine ordentliche Delegiertenversammlung ab. Der Verband besteht aus dem Verein schweizerischer Eisenbahn- und Dampfschiffangestellten (V. S. E. A.) mit 12,535 Mitgliedern, dem Verein schweizerischer Weichen- und Bahnwärter (V. S. W. B.) mit 2744 Mitgliedern, und dem schweizerischen Rangierpersonalverein (S. R. P. V.) mit 1315 Mitgliedern. Die Jahresrechnung pro 1911 weist einen Vorschlag von Fr. 3228.46 auf, womit das Vermögen des Verbandes auf Fr. 50,420.59 angewachsen ist. Anwesend sind 27 Delegierte. Aus Kreisen des S. R. P. V. wurde Verwahrung eingelegt gegen eine Bemerkung des abtretenden Verbandspräsidenten, Dr. Eigenmann in St. Gallen, wonach gewisse Strömungen im Verbandsverbande auf politische Aspirationen zurückzuführen seien. Der S. R. P. V.-Redner bemerkte dazu, dass diese Misstimmung in der Ueberanstrengung des Personals im Dienste der S. B. B. und ferner darin ihren Grund habe, dass sich im V. S. E. A. ein gewisses Herrentum bemerkbar mache. Was den letztern Punkt anbelangt, wurde vom Vertreter der Bahnhof- und Stationsvorstände Besserung in Aussicht gestellt. Generalsekretär Dübi hielt darauf ein Referat über die Revision des Arbeitszeitgesetzes etc. Er verdankt in dieser Angelegenheit die Unterstützung der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion, ist jedoch der persönlichen Ansicht, dass die im eidgenössischen Parlament sitzenden Industriearbeiter den Anlass benützen werden, um im Volke gegen die Revision des Arbeitsgesetzes als auch des Fabrikgesetzes

Sturm zu laufen. Zur Bekämpfung der schonungslosen Ausbeutung der Arbeitskraft des Personals wurde die Anregung gemacht, sich der übrigen organisierten Arbeiterschaft, welche ähnliche Ziele wie wir verfolgt, anzuschliessen. Ein Beschluss wurde indessen nicht gefasst.

Ausserordentlicher Verbandstag des schweizerischen Verbandes der Maurer und Handlanger.

In Zürich fand am 6. und 7. Juli ein zur Regelung der *Separatistenfrage* einberufener ausserordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter statt, der von 13 Delegierten besucht war, die 761 Mitglieder vertraten. Ferner waren vertreten der Schweiz Gewerkschaftsbund durch Genossen *Huggler*, der deutsche Bauarbeiterverband durch *Paplow-Hamburg*, *Voigt-Strassburg*, *Horter-Karlsruhe*, *Mischke-Metz*, *Stolle-Stuttgart* und *Bossi-Karlsruhe*, der italienische Bauarbeiterverband durch *Borghesio-Turin*, die Umanitaria in Mailand durch *Giov. Valär* und die Redaktion des neuen «L'Operaio» durch *Bianchi-Bern*.

Sekretär *Käppler* erstattete den Geschäftsbericht für 1911, aus welchem hervorging, dass zwar die Einnahmen nicht gewachsen, aber die Ausgaben und der Mitgliederbestand zurückgegangen sind. In der Hauptsache infolge des erdrosselten Streiks in Zürich. Seither aber ist die Krise überwunden und die Zahl der Mitglieder, die nach diesem Streik arg dezimiert war, steigt wieder langsam; sie betrug Ende 1911 wieder 1316, die sich auf 33 Sektionen verteilen. Da zurzeit gute Konjunktur herrscht, ist bestimmt auf ein weiteres Steigen zu rechnen.

Die Ausgaben waren 1911 um die Hälfte geringer als im Streikjahre 1910, nämlich um 20,800 Fr., sie betragen nur Fr. 19,095.36 gegen Fr. 39,809.74 im Vorjahre. Auch die Verwaltung erforderte 2100 Fr. weniger, die Propaganda 1100 Fr., das Verbandsorgan inklusive das italienische 900 Fr. weniger usw. Für Streiks wurden 1911 anstatt Fr. 13,156.45 in diesem Jahre nur Fr. 633.58 ausgegeben. Die Ausgaben pro Mitglied sanken infolgedessen von Fr. 21.20 auf Fr. 14.52. Dem Sekretär wurde für seine Mühe einstimmig Decharge erteilt.

Die Beschwerdekommision berichtete über die Entlassung des italienischen Sekretärs, mit welchem ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich geworden war.

Das italienische Verbandsorgan «Muraria» ist durch das vom Gewerkschaftsbund herausgegebene neue Organ «L'Operaio» in Bern ersetzt, dem, wie der Sekretär ausführte, der Verband zu grossem Danke verpflichtet sei, zumal der Redakteur des Blattes auch tatkräftig in die Agitation mit eingreife.

Hierauf berichtete Genosse *Huggler* über die Hauptfrage des Tages: Die *Einigungsversuche mit den Separatisten*. Ein kleiner Teil der Italiener hat sich vom Verbandsverbande losgesagt und einen sogenannten 30Rappen-Verband gegründet, der mit seinen niedrigen Beiträgen gegen die «hohen» Beiträge des Verbandes operiert. Daneben gibt es noch eine Anzahl Schreier, die anstatt der positiven Gewerkschaftsarbeit die anarchistische Phrase von der «direkten Aktion» usw. propagieren und einen erbitterten Kampf gegen die eigenen Kollegen führen. Eine vom letzten Verbandstag eingesetzte Kommission hat mit diesen Leuten Verhandlungen angebahnt, aber nichts erreichen können. In einer Sitzung vom 19. November 1911 war es kaum möglich, die Differenzpunkte festzustellen. Als solche werden angegeben: Die Beitragspflicht und das Referendum der Sekretärwahl. Da zudem die Vertreter der Separatisten erklärten, keine Kompetenzen zu beschliessen zu haben, wurde die Sitzung resultatlos abgebrochen. Es sei, so meinte *Huggler*, nötig, die schmolenden Italiener einstweilen eine Zeit lang sich selbst zu überlassen, bis das neue Gewerkschaftsblatt vermocht hat,

den Italienern die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer straffen Organisation beizubringen. Es werde auch notwendig sein, die Führer der Dissidenten zu ignorieren, aber dafür die Massen zu gewinnen zu trachten. In erster Linie müsse das einheimische, das stabile Element gewonnen werden, damit man die nötigen Führer heranzubilden könne. Je mehr das schweizerische und das ganze deutschsprechende Element gewonnen werde, desto mehr würden die Italiener zu gewinnen sein, denen eine grosse, starke Organisation schliesslich doch etwas mehr imponiere, als der schwache Verband von heute. Aber es sei leider Tatsache, dass auch die Einheimischen die Beiträge nicht zahlen wollten. Die schweizerische Arbeiterschaft sei leider nun einmal für eine dauernde Verbesserung ihrer Lage nicht zu haben; sie wolle nur von Fall zu Fall die Schwierigkeiten mildern, Missstände abstellen, denke aber nicht daran, aus der Gesamtarbeiterschaft eine *Macht* zu machen, die der Macht der Unternehmer gegenübergestellt werden kann. Deshalb sei sie auch für Opfer, die keine sofortige greifbare Erfolge brächten, nicht zu haben. Es sei bei ihr ein beständiges Auf und Ab, nirgends eine Tendenz zur einheitlichen Kraftentwicklung.

Der Vorstand habe jetzt versucht, den Italienern mit einer niedrigeren Beitragsklasse entgegenzukommen. Davon verspreche er sich einige Erfolge, und wenn dazu der deutsche Bruderverband, wie er versprochen, noch eine materielle Unterstützung gewähre, so sei zweifellos die Zukunft und ein ständiges Aufwärtssteigen des Verbandes gesichert. Den in Basel und Bern neu anzustellenden Lokalsekretären, die der deutsche Bruderverband finanziert, müsse man kräftig an die Hand gehen, dann werde die Agitation sicherlich gute Früchte tragen.

Pæplow vom deutschen Bauarbeiterverband fügt hinzu, dass sein Verband bereit sei, für dieses Jahr noch 5000, für die nächsten zwei bis drei Jahre noch je 6000—7000 Franken zu bewilligen, damit die Agitation in aller Gründlichkeit betrieben werden und auch die leidigen Grenzbezirke mit bearbeitet werden können.

Namens der italienischen Delegierten erklärt *Arguto* St. Margrethen, dass es die Separatisten zwar nicht wert seien, dass man aber noch ein allerletztesmal versuchen solle, zu einer Einigung mit ihnen zu kommen. Es sei mit diesen Leuten, die keine blasse Ahnung von der Organisation hätten, absolut nichts anzufangen; sie hielten sich für unfehlbar, drohen mit Sondervereinen und sind nur einig darin, keine Beiträge zu zahlen. Rund zwei Drittel der 80,000 Italiener, die jährlich in die Schweiz einwandern, sind Luftkisse oder Hungerleider, meist das letztere. Die aber wollen nur Geld sparen, leben wie das Tier und nehmen an nichts tätigen Anteil. Die werden nie den Gedanken der Organisation verstehen, aber sie sind auch viel zu feige, ihre Phrasen von der direkten Aktion zu verwirklichen. Sie sind auch zu feige, ihre wahren Ziele zu enthüllen, bekennen nie Farbe, sondern verstecken ihre Abneigung gegen die Organisation hinter dem Argument der « hohen » Beiträge.

Borghesio-Turin zeigt, wie auch in Italien die Bauarbeiter unter diesen Separatisten zu leiden haben. Das würde erst dann besser werden, wenn in der Schweiz ein starker Verband die Italiener gewinnt.

Zum Schluss plädiert Genosse *Huggler* für eine Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband und ein Inverbindungtreten mit den Arbeiterunions in den einzelnen Städten zwecks gemeinsamer Arbeit. Man solle mit dem Aufsuchen der Separatisten nicht unnötige Zeit vertrödeln, sondern alles daran setzen, endlich einen lebensfähigen Verband zu schaffen.

Der Verbandstag ist mit all diesen Anregungen einverstanden und verdankt die Mithilfe des deutschen Bruderverbandes aufs beste.

Am zweiten Tage beschäftigte man sich mit der Statutenänderung, in erster Linie mit dem § 23, worin als

Konzession an die Italiener dem Vorstand das Recht erteilt werden soll, da, wo es nötig ist, eigene italienische Sektionen mit niedrigeren Beiträgen (25 Cts. für Pflasterbuben, 30 Cts. für Handlanger und 40 Cts. für Maurer) zu errichten und für die die Unterstützungen entsprechend zu ändern. Der Vorstand will damit den Separatisten das Argument von den « hohen » Beiträgen aus der Hand schlagen und ihnen jede Ausrede nehmen. Der Vorstand glaube ja nicht daran, dass damit grosse Erfolge erzielt werden könnten, aber man müsse es wenigstens versuchen, auch der andern Gewerkschaftsverbände wegen, die ebenfalls der Meinung seien, dass mit niedrigeren Beiträgen die Italiener zu gewinnen seien. Kämen sie auch dann nicht, dann müssten sie wenigstens Farbe bekennen, müssten offen sagen, dass sie nur Anarchisten seien.

Ueber diesen Antrag wird nun über sechs Stunden debattiert. Die meisten Redner sind damit einverstanden, auch die italienischen, die anfangs glaubten, es läge darin so etwas wie eine Degradierung der Italiener. Nur einige Redner wenden sich gegen die Zerteilung der Beiträge; sie sagen: in Bern hat man ja den billigen 30Rappenverband für die Italiener — und sie gehen doch nicht hinein! Es sei nun einmal so: der Italiener ist nicht für die Organisation, vor allem nicht für das Zahlen von Beiträgen zu haben. Ausserdem verstiesse niedrige Beiträge gegen das Prinzip der modernen Gewerkschaften. Auch *Pæplow* vom deutschen Bauarbeiterverband wendet sich gegen den Antrag des Vorstandes und vertritt die Anschauung, es müssten in aller erster Linie die Schweizer für den Verband gewonnen werden; sie müssten die Stütze des Verbandes sein, dann kämen die andern viel leichter nach. Da aber auch sie die hohen Beiträge nicht zahlen wollen, müsse man erwägen, ob man nicht tatsächlich allgemein die Beiträge herabsetzen solle. Sie seien eben etwas zu früh erhöht und damit seien Fehler gemacht worden. In Deutschland sei der Bauarbeiterverband von den andern Verbänden gedrängt worden, die Beiträge zu erhöhen, aber in der Schweiz hätten halt die andern Verbände auch noch keine hohen Beiträge, deshalb müssten sie einstweilen den Verhältnissen angepasst werden.

In der Abstimmung erklärten sich nun 7 Delegierte für, 6 gegen den Antrag 23. Da aber die 6 die Mehrheit der Mitglieder vertreten, gilt der Antrag als mit 422 gegen 339 Stimmen *abgelehnt*. Angenommen wird dagegen ein abgeänderter Antrag Chur, der besagt: « Zu entrichten haben: Maurer 40, Handlanger 30 und Pflasterbuben 25 Cts. Von diesen Beiträgen verbleiben der Lokalkasse von jeder Marke 5 Cts., alles andere fliesst in die Hauptkasse ». Die Unterstützungssätze werden dementsprechend ein wenig herabgesetzt. Den übrigen Entwurf zum Statut zieht der Vorstand zurück. Er soll das Statut umarbeiten und zur Urabstimmung vorlegen.

Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der Funktionäre. Vorort bleibt Zürich. Da ein italienischer Sekretär noch nicht gefunden, übernimmt einstweilen Genosse *Bianchi* vom « L'Operaio » die Funktionen desselben. Dem Sekretär, der bisher seit sechs Jahren nur 2400 Fr. Gehalt hatte, wird eine Zulage von 400 Fr. und 14 Tage Ferien sowie die Zusage weiterer regelmässiger Zulagen zugestimmt.

Zum Schluss erklärt *Arguto* namens der italienischen Delegierten, dass zwar die Beschlüsse gegen eine starke Minderheit gefasst worden seien, dass aber die Minderheit sich denselben füge und eifrig für die Ausführung derselben agitieren werde. Mit dem Wunsche, beim nächsten Verbandstage den ausländischen Gästen eine erheblich grössere Mitgliederzahl aufweisen zu können, schloss hierauf der Vorsitzende, Genosse *Siewert*-Zürich, den Verbandstag.